

Beschluss Für eine Migrations- und Asylpolitik der humanitären Vernunft

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2024
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

1 Deutschland ist ein Einwanderungsland und das ist auch gut so. Wir wissen, dass
2 unser Land auch so stark ist, weil viele Menschen in den letzten Jahrzehnten zu
3 uns gekommen sind und hier mit anpacken.

4 Gleichzeitig suchen viele Menschen Schutz in Deutschland und Europa. Der
5 russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die größte Fluchtbewegung in Europa
6 seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Auch der Konflikt im Nahen Osten hat
7 Millionen Menschen in Israel, Gaza, der Westbank und dem Libanon vertrieben.
8 Menschen fliehen aus Kriegs- und Krisengebieten wie Afghanistan oder Syrien
9 aufgrund von Terror, Krieg oder politischer Verfolgung. Bund, Länder und
10 Kommunen haben in den zurückliegenden Jahren hart daran gearbeitet, den
11 Menschen, die zu uns kommen, eine Unterkunft zu geben und sie zu versorgen.
12 Insbesondere die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung der Kommunen von den
13 Bürgermeister*innen bis zu den Sachbearbeiter*innen - sowie die vielen
14 Freiwilligen haben dabei Unschätzbares geleistet. Ihnen allen gilt unser Dank.

15 Insbesondere dort, wo es schon bisher an bezahlbarem Wohnraum fehlte, an
16 Personal bei der Kinderbetreuung und in Behörden, haben sich die
17 Herausforderungen verstärkt. Die Situation ist für viele herausfordernd, für
18 einige überfordernd. Integration wird in den Kommunen geleistet. Wir wollen uns
19 gemeinsam der Aufgabe stellen, die Asyl- und Migrationspolitik so zu gestalten,
20 dass Aufnahme und Integration vor Ort gelingt, das Asylrecht erhalten und der
21 Zusammenhalt in der Gesellschaft wieder gestärkt wird.

22 Die realen Probleme in einem Teil der Kommunen aber auch eine hektische
23 Migrationsdebatte, gezielte Stimmungsmache oder unrealistische Forderungen haben
24 dazu geführt, dass die Ablehnung des Asylrechts, Diskriminierung und Spaltung
25 zugenommen haben. Dabei wird "Migration" oft zu Unrecht als einfache Erklärung
26 für komplizierte gesellschaftliche Probleme instrumentalisiert. Diese Erzählung
27 wird von Rechten bewusst verbreitet und trifft besonders dort auf fruchtbaren
28 Boden, wo Vertrauen in die Regierung verloren gegangen ist oder Angst vor einem
29 sozialen Abstieg herrscht. Auch bei angespannter Haushaltsslage muss der
30 Zusammenhalt in unserer Gesellschaft verteidigt und die Voraussetzung für
31 Integration geschaffen werden. Ausgrenzung, Hass und Desinformation stellen wir
32 uns entgegen. Wir setzen auf Aufklärung, Unterstützung vor Ort, auf die
33 Bekämpfung von Fluchtursachen und europäische Zusammenarbeit in der Asylpolitik.
34 Aber für uns ist auch klar, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt auch auf
35 Gerechtigkeit und Wohlstand in der Gesellschaft aufbauen muss.

36 Wir stellen uns den realen Herausforderungen ebenso wie der Angst und den
37 Zweifeln vieler Menschen. Angst haben Menschen eben nicht nur, wenn sie aus
38 anderen Ländern kommen und zweifeln,
39 ob sie in Deutschland noch willkommen sind. Viele Menschen in unserem Land haben
40 inzwischen auch Sorgen und Ängste, dass Fluchtmigration negative Konsequenzen

41 für sie hat. Solche Vorurteile werden auch durch die grausamen islamistischen
42 Terroranschläge Einzelner gezielt verstärkt. Dem Schüren dieser Ängste müssen
43 wir uns entschlossen entgegenstellen.

44 Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht und zerfällt eben nicht nur in
45 Maßnahmen, Zahlen und Durchschnittswerten, sondern auch in Gefühlen. Diese
46 müssen wir anerkennen und beachten, sie dürfen jedoch nicht zu irrationaler
47 Politik oder Scheinlösungen führen.

48 Allzu oft werden in letzter Zeit politische Erwartungen geweckt, die Politik gar
49 nicht erfüllen kann. Wir wollen uns dem nicht anschließen, sondern Leid und
50 Chaos einer Politik der Humanität, Ordnung und einem rechtsstaatlichen Umgang
51 mit Fluchtmigration entgegensetzen, der verhindert, dass bereits marginalisierte
52 Gruppen weiter benachteiligt und entrechtet werden. Das Asylrecht kann praktisch
53 nicht einfach abgeschafft werden, ein Aufnahmestopp oder systematische
54 Zurückweisungen sind weder rechtlich noch praktisch in einer Demokratie
55 umsetzbar und schon deswegen nicht Ziel grüner Politik. Besonders aus deutscher
56 Sicht ist eine Forderung nach der Abkehr vom individuellen Anspruch auf eine
57 rechtsstaatliche Prüfung eines Schutzgesuches geschichtsvergessen.

58 Wir sind bereit, über die besten Lösungen zu diskutieren und stellen uns den
59 schwierigen Fragen. Für Scheinlösungen stehen wir nicht zur Verfügung. Dabei
60 sind manche Abwägungen nicht einfach zu entscheiden. Forderungen müssen stets
61 rechtlich umsetzbar sein und tatsächliche Verbesserungen bringen. Wir stellen
62 uns gegen reine Symbolpolitik und einen Kurs der Asylrechtsverschärfungen nur zu
63 Lasten der schutzsuchenden Menschen, sondern treten für Humanität ein. In der
64 Regierung haben wir dafür gekämpft, dass unser Einwanderungsland funktioniert:
65 Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, mit dem Chancenaufenthaltsrecht
66 oder dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben wir hier die Weichen gestellt. Auch
67 mit dem Spurwechsel, der Ausweitung anwaltlichen Beistands in der Abschiebehafte
68 oder bei der Finanzierung von Seenotrettung haben wir durch harte Kompromisse
69 grüne Erfolge errungen, für die wir über Jahre hinweg gekämpft haben.

70 Bei unserem Eintritt in die Regierung haben wir Grundlagen der Visavergabe
71 vorgefunden, die umständlich, langwierig und ineffizient waren. Das haben wir in
72 der Regierung vom Kopf auf die Füße gestellt. Wir arbeiten mit Digitalisierung
73 daran, Visaverfahren zu beschleunigen und Wartezeiten von teilweise weit über
74 einem Jahr auf nahezu null zu setzen. Das ist uns beispielsweise in Indien
75 bereits gelungen. Auf diesen Erfolgen wollen und können wir aufbauen und
76 weiterhin für eine Migrationspolitik eintreten, die einem Einwanderungsland
77 gerecht wird.

78 Doch in letzter Zeit befinden wir uns angesichts einer aufgeheizten
79 gesellschaftlichen Debatte in der Defensive. Grüne Ideen zur Asyl- und
80 Migrationspolitik sind an vielen Stellen noch nicht mehrheitsfähig.

81 Wir haben allen Grund selbstbewusst zu sein. Wir GRÜNE haben seit unserer
82 Gründung für die Rechte von Geflüchteten und eine offene
83 Einwanderungsgesellschaft gekämpft. Wir sind die Partei, die den Perspektiven
84 von Geflüchteten und den Anliegen von Minderheiten unter den Einwander*innen
85 eine Stimme gegeben hat. Differenzierte, sachliche Antworten in der
86 Migrationspolitik sind nicht immer populär, aber heute dringender notwendig denn
87 je. Kompromisse müssen immer im Rahmen der Menschenrechte und der
88 rechtsstaatlichen Grundsätze geschlossen werden.

89 Die aktuelle Stimmung und Probleme entstanden nicht durch eine grüne Asyl- und
90 Migrationspolitik - im Gegenteil: Die Innenpolitik in Bund und Land verantworten
91 bisher nur Minister*innen aus anderen Parteien. Seit inzwischen vielen Jahren
92 werden in Europa teils nach immer gleichen Mustern härtere und oft
93 dysfunktionale Maßnahmen gefordert und beschlossen, Deals mit schwierigen
94 Partnern geschlossen und in Abschottungspolitik investiert. Das wurde immer
95 wieder mit dem Versprechen verbunden, dass es bald geordneter zugeht und
96 Rechtspopulismus an Rückhalt verliert.

97 Für uns ist klar: Abschottung löst keine Probleme. Die Übernahme von
98 rechtsextremen oder populistischen Positionen löst keine Probleme. Im Gegenteil:
99 Gerade Rechtsextreme profitieren davon, wenn man sich ihrem Populismus in
100 Wortwahl oder Vorschlägen annähert, statt die Herausforderungen gut zu
101 vermitteln, Probleme zu lösen und Empathie zu erzeugen. Das haben auch die
102 letzten Wahlen gezeigt. Unser Weg ist ein anderer.

103 Hoffnung geben uns neben den vielen engagierten Haupt- und Ehrenamtlichen auch,
104 dass Anfang des Jahres so viele Menschen wie nie zuvor in Deutschland auf die
105 Straße gegangen sind, um ein Zeichen für eine offene, vielfältige Gesellschaft
106 und gegen Rechtsextremismus zu setzen. Wir wissen: Aufnahme und Teilhabe
107 funktionieren, wenn alle an einem Strang ziehen und der politische Wille
108 vorhanden ist. Deshalb begegnen wir den derzeitigen Herausforderungen mit
109 konstruktiven und praxisnahen Vorschlägen. Dafür setzen wir uns jetzt und auch
110 zukünftig mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften ein - gerade auch auf
111 kommunaler Ebene. Vorurteile können auch über Sprache und Begriffe verstärkt
112 werden. Wir benennen die Dinge klar und verständlich, ohne damit Menschen zu
113 diskriminieren oder falsche Eindrücke zu verstärken.

114 Vulnerable Personengruppen, wie etwa Menschen mit Behinderungen, Minderjährige
115 und LGBTIQ* müssen besonders geschützt werden. Dazu gehört auch, dass z.B.
116 Alleinerziehende, pflegende Angehörige und Menschen mit Behinderung endlich
117 gleichberechtigten und unbürokratischen Zugang zum Erwerb der deutschen
118 Staatsbürgerschaft erhalten.

119 Es ist Zeit für eine neue Asyl- und Migrationspolitik, eine die endlich
120 funktioniert und Humanität und Ordnung verbindet. Eine, die sich Realitäten wie
121 überforderten Kommunalverwaltungen stellt, die Menschenrechte als Vorteil
122 begreift und die Würde der Menschen in und außerhalb Europas ins Zentrum stellt.

123 **1. Säule: listen to the science**

124 Zu oft wirkt Politik ratlos im Umgang mit Herausforderungen und versucht Symbole
125 zu setzen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den diversen Problemen auf
126 verschiedenen Ebenen wird so verhindert. Dabei gibt es in unserem Land so viel
127 Expertise, auf die wir zurückgreifen könnten.

128 Wir wollen daher, dass am Kanzleramt, unter Einbeziehung aller relevanten
129 Ressorts, ein Gremium mit Expert*innen aus Wissenschaft, Forschung, der
130 kommunalen Praxis und Betroffenen eingerichtet wird. Das Gremium soll
131 fortlaufend und vorausschauend beraten. So zeigen wir Antworten und Lösungswege
132 für politische Prozesse auf. Mögliche Fragestellungen könnten sein: Was brauchen
133 Kommunen konkret? Wo und wie gelingt Integration am besten? Welche Möglichkeit
134 gibt es, Fluchtursachen zu bekämpfen, damit weniger Menschen zu uns fliehen

135 müssen? Wie können wir sicherstellen, dass Menschen nicht mehr von
136 Schleuser*innen abhängig sind? Wie können wir die europäische Verteilung
137 verbessern? Woran hakt es bei der Arbeitsaufnahme noch? Andere Fragen sollten
138 ergänzt werden, alles kann auf den Tisch.

139 Aber Politik wird nicht besser, wenn man der Wissenschaft immer schlechter
140 zuhört. Es gibt viele Lehrstühle, Gremien und Institute und Räte, aber sie
141 sollten endlich von der Politik gehört werden - ebenso wie die praktischen
142 Erfahrungen vor Ort. Die Vorschläge des Gremiums sollen im parlamentarischen
143 Prozess beraten und diskutiert werden. Ob sie am Ende umgesetzt werden,
144 entscheidet natürlich die Politik. Wir können und sollten unterschiedlicher
145 Meinung zu politischen Forderungen sein - aber die Forderungen sollten endlich
146 wieder evidenzbasiert sein.

147 Wir wollen einen Pakt für gesellschaftlichen Zusammenhalt schließen. Dieser Pakt
148 soll dafür sorgen, dass unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen sich zuhören
149 und verstehen können. Denn auch das ist die Grundlage für gesellschaftlichen
150 Zusammenhalt. Außerdem müssen Gesetze auf ihre Folgen überprüft werden, damit
151 sichergestellt ist, dass sie mit Grund- und Europarecht im Einklang stehen,
152 nicht diskriminieren und die gewollten Ziele erreichen.

153 **2. Säule: internationale Zusammenarbeit** 154 **vorantreiben**

155 Wir wollen die komplexen Ursachen für Flucht und Migration in einem umfassenden
156 Ansatz gemeinsam mit den Herkunfts- und Transitländern bearbeiten. Die
157 wichtigsten Auslöser sind bewaffnete Konflikte und Verfolgung aus politischen,
158 ethnischen oder religiösen Gründen. Eine Lehre aus den Jahren vor 2015 ist, dass
159 Deutschland und die EU ihre internationale Verantwortung nicht nochmal
160 verdrängen dürfen. Wir gehen gegen fehlende wirtschaftliche Perspektiven und
161 unwürdige Arbeitsbedingungen vor, die ebenfalls Menschen zum Verlassen ihres
162 Landes veranlassen. Deshalb haben wir uns erfolgreich für das deutsche und
163 europäische Lieferkettengesetz eingesetzt, um Menschenrechts- und
164 Nachhaltigkeitsstandards in unseren Lieferketten zu verankern. Hinzu kommen die
165 sich verschärfende Klimakrise sowie strukturelle Ursachen, die in
166 wirtschaftlichen und sozialen, aber auch politischen Unsicherheiten liegen.

167 Die Klimakrise ist an vielen Orten längst Realität. Trotz all unserer
168 Anstrengungen wird diese Krise Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Die
169 EU sollte die betroffenen Staaten deshalb bei den notwendigen
170 Anpassungsmaßnahmen unterstützen - gerade weil sie historisch eine besondere
171 Verantwortung für klimaschädliche Treibhausgasemissionen tragen. Europa sollte
172 zusammen mit anderen Industriestaaten vorangehen und über internationale
173 Regulation im Rahmen des Völkerrechts zum Umgang mit klimabedingter Migration,
174 Flucht und Vertreibung sowie zum Zugang zu internationalem Schutz beraten. Die
175 internationale Entwicklungszusammenarbeit, die Klimafinanzierung, und den Fonds
176 gegen Klimaschäden wollen wir stärken.

177 Wir wollen keine Welt, in der Menschen erst nach Europa fliehen müssen, um in
178 Sicherheit zu sein und Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu haben. Wir wollen
179 vorher ansetzen. Deswegen treten wir dafür ein, Arbeitsmigration zu

180 vereinfachen, Migrationspartnerschaften auf Augenhöhe zu schließen,
181 Fluchtursachen zu bekämpfen und Geflüchtete in ihren Heimatregionen besser zu
182 unterstützen. In der EU-Entwicklungszusammenarbeit setzen wir uns dafür ein,
183 dass Gelder der Förderung nachhaltiger Entwicklungsziele dienen. Die vorgesehene
184 Begrenzung für Ausgaben im Bereich von Migration soll eingehalten und für
185 sichere Zugangswege eingesetzt werden. Krisenprävention, humanitäre Hilfe und
186 beispielsweise Wiederaufbau in Krisenregionen sind ein zentrales Element unserer
187 Migrationspolitik. In den Maßnahmen und Abkommen muss zwischen Fluchtmigration
188 und Arbeitsmigration unterschieden werden.

189 Deutschland und Europa sind auf Migration in den Arbeitsmarkt angewiesen. Ohne
190 maßgebliche Migration würden unsere Sozialsysteme, die Renten, die
191 Gesundheitsversorgung nicht zu erhalten sein. Freiheit, Demokratie und Wohlstand
192 sind durch Abschottung in Gefahr. Gleichzeitig wollen wir Fluchtmigration besser
193 ordnen und steuern, denn das Leid und Chaos durch lebensgefährliche Fluchtrouten
194 ist nicht hinnehmbar. Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt und wir wollen
195 sichere Fluchtwege, damit niemand auf lebensgefährlichen Wegen nach Europa
196 kommen muss, um Schutz zu finden.

197 Dazu setzen wir auch auf menschenrechtsorientierte und gerechte
198 Migrationspartnerschaften. Mit Visaerleichterungen und
199 Ausbildungspartnerschaften erhalten Partnerstaaten eine Aussicht auf sichere
200 Migrationswege und garantieren im Gegenzug beispielsweise eine sichere Rückkehr
201 ihrer Staatsangehörigen. Nur durch umfassende Abkommen kann die Akzeptanz für
202 die Vereinbarungen, Rückführungen und geordnete und sichere Migration geschaffen
203 werden. Sie dürfen nicht von finanzieller Unterstützung der
204 Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht werden. Internationale
205 Zusammenarbeit, wirtschaftliche Vorteile oder Visaerleichterungen dürfen nicht
206 einseitig migrationspolitischen Interessen untergeordnet werden. Mehr geregelte
207 Migration ermöglicht weniger unregelmäßige Migration und die dadurch
208 lebensgefährliche Flucht. Das ist nicht nur im Interesse der Betroffenen, die
209 zumeist keine Alternative zu den aktuellen Fluchtrouten haben, sondern auch in
210 unserem Interesse. Wir bauen auf mehr Transparenz der Abkommen für Parlamente
211 und Öffentlichkeit sowie auf Beteiligung der Zivilgesellschaft.
212 Migrationspartnerschaften sollen die zwischenstaatliche Mobilität stärken. Dabei
213 ist uns wichtig, dass auch Frauen endlich gleichberechtigten Zugang zu Mobilität
214 erhalten, denn aktuell sind sie oft benachteiligt. Der Abschluss von
215 Migrationsabkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten muss auf Augenhöhe
216 erfolgen. Die Abkommen sollen der Bevölkerung Perspektiven geben und keine
217 autokratischen Regime stärken.

218 Bei funktionierenden Abkommen wie der Westbalkanregelung haben wir uns
219 erfolgreich für eine Verstärkung ausgesprochen, aber einige der aktuellen
220 Vereinbarungen erreichen ihre Ziele nicht oder erzeugen neue Fluchtursachen und
221 Leid. Sie schützen Menschenrechte nicht, umgehen parlamentarische Verfahren,
222 schaffen Abhängigkeiten von Diktatoren und erzeugen regelmäßig neue
223 Fluchtursachen. Wenn Geflüchtete von Behörden misshandelt, vergewaltigt oder in
224 die Wüste getrieben werden, ist das schockierend und muss entschiedene
225 politische und strafrechtliche Konsequenzen haben.

226 Deswegen setzen wir uns für Alternativen zu den bestehenden "Abkommen" mit
227 Ländern wie Tunesien oder Libyen ein. Bei Migrationsabkommen dürfen die
228 Menschenrechte, das Völkerrecht, die Rechtstaatlichkeit und die Würde von

229 Geflüchteten nicht auf dem Verhandlungstisch liegen. Das Ergebnis der
230 zukünftigen Migrationspartnerschaften muss sein, dass sie die Lebenssituation
231 vor Ort verbessern, sowie geordnete Wege in den Arbeitsmarkt und zur
232 Bildungsmigration schaffen. Nur so werden wir die ungeordnete und oft
233 lebensgefährliche Migration nach Europa wirksam und langfristig reduzieren
234 können.

235 Es sollte beispielsweise eine nachhaltige Vereinbarung mit der Türkei geben. Das
236 Ziel dieses Abkommens muss sein, die notwendige finanzielle und logistische
237 Unterstützung für die Millionen syrischen und afghanischen Geflüchteten in der
238 Türkei sicherzustellen und die unrechtmäßigen Abschiebungen in die
239 Herkunftsländer zu unterbinden. Rechtsstaatlichkeit und die Achtung des
240 Völkerrechts müssen dabei stets beachtet werden. Im Gegenzug könnte die
241 geregelte humanitäre Aufnahme über Kontingente in Europa, eine Visa-
242 Liberalisierung für Kurzzeitvisa und erleichterte Arbeitsmigration analog zur
243 Westbalkanregelung sein - ohne die Türkei zum sicheren Herkunftsland oder
244 sicherem Drittstaat zu erklären. Wenn türkische Staatsangehörige ohne Probleme
245 im Schengenraum Urlaub machen oder einen Job suchen könnten, wäre der
246 Freiheitsgewinn enorm. Gleichzeitig müsste sich die Türkei verpflichten,
247 Bedingungen für die Visaliberalisierung zu akzeptieren. Dazu würden Fragen der
248 Menschenrechtssituation in der Türkei zählen, oder auch die sichere Rücknahme von
249 türkischen Staatsangehörigen, die keinen Schutzstatus haben und nicht die
250 Voraussetzungen für Arbeits- oder Bildungsmigration erfüllen. Dabei muss
251 sichergestellt werden, dass der Zugang zu Schutz durch solche Abkommen für
252 politisch Verfolgte und andere Schutzberechtigte einfacher und nicht schwerer
253 werden soll.

254 Der Kriminalisierung der humanitären Hilfe für schutzsuchende Menschen an Land
255 und der zivilen Seenotrettung stellt sich unsere Partei weiterhin geschlossen
256 entgegen. Für diese Position wollen wir Rechtssicherheit schaffen. Deswegen
257 setzen wir uns auf allen Ebenen dafür ein, dass ein eindeutiger
258 Tatbestandsausschluss für alle Fälle humanitärer Unterstützung eingeführt wird,
259 sodass humanitäre Hilfe und Flucht nicht kriminalisiert werden können.

260 **3. Säule: Europäische Asylpolitik verbessern**

261 Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern wollen wir zufriedenstellende
262 Antworten auf Flucht und Migration nach Europa finden. Unser Leitgedanke bleibt,
263 dass im Mittelpunkt europäischer Politik der Mensch in seiner Würde und Freiheit
264 stehen muss. Wir wollen, dass Menschenrechte überall und jederzeit eingehalten
265 werden - sie sind unverhandelbar. Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl und
266 unsere internationalen Verpflichtungen wie die Genfer Flüchtlingskonvention.

267 Wir setzen uns seit vielen Jahren für funktionierende und menschenwürdige EU-
268 Asylpolitik ein, bei der alle EU-Staaten einen fairen Beitrag für einen
269 solidarischen Umgang mit Fluchtmigration leisten müssen.

270 Unsere Haltung ist klar: Das Recht auf Einzelfallprüfung und das
271 Nichtzurückweisungsgebot gelten immer und überall. Der Asylantrag von Menschen,
272 die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in der EU inhaltlich geprüft
273 werden. Wir stellen uns der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten
274 entgegen, denn immer wieder hat sich gezeigt, dass diese Initiativen am Ende

275 viel Steuergeld kosten, vor Gerichten scheitern und von tatsächlichen Lösungen
276 ablenken. Erneute Haftlager wie Moria an den Grenzen, die die Würde und die
277 Rechte von Schutzsuchenden verletzen, müssen verhindert werden. Kinder müssen
278 kindgerecht untergebracht und versorgt werden. Haft ist mit dem Kindeswohl
279 grundsätzlich nicht vereinbar.

280 Pushbacks verstoßen gegen europäisches und internationales Recht und müssen
281 politisch und rechtlich scharf bekämpft werden. Solche Straftaten müssen
282 Konsequenzen haben, womöglich auch vor deutschen Gerichten. Wer vor dem
283 Kriegsdienst flieht, beispielsweise um nicht für Putins völkerrechtswidrigen
284 Angriffskrieg zu kämpfen, sollte entsprechend der EuGH-Rechtsprechung Schutz in
285 Europa finden.

286 Uns eint der Wille, uns weiterhin mit aller Kraft für eine Verbesserung der
287 Situation für Schutzsuchende und eine bessere Organisation von Migration
288 einzusetzen. Wir wollen alles dafür tun, dass die neue EU-Asylreform nicht nur
289 Fluchtmigration besser organisiert, sondern auch die Situation von Menschen auf
290 der Flucht nach Europa nicht verschlechtert, sondern verbessert wird.

291 Mit dieser klaren Haltung und klaren Kriterien werden wir die beschlossenen
292 Rechtsakte der EU-Asylreform, wie jedes Recht, umsetzen.

293 Wir wollen, dass die Überwachung der Einhaltung der Grundrechte in der
294 Bundesrepublik Deutschland den Leitlinien der Agentur für Grundrechte der
295 Europäischen Union (FRA) entsprechend gesetzlich geregelt wird. Der unabhängigen
296 Nationalen Menschenrechtsinstitution Deutschlands müssen in diesem Zusammenhang
297 dauerhaft zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

298 Einzelne Mitgliedsstaaten versuchen bereits, sich durch nationale Alleingänge
299 aus dem europäischen Konsens zu verabschieden oder das Asylrecht auszulagern.
300 Wir kämpfen politisch für Verbesserungen und gegen eine Erosion des EU-Rechts.
301 Leid und Chaos setzen wir Humanität, Ordnung und einen rechtsstaatlichen Umgang
302 mit Fluchtmigration entgegen. Wir wollen eine solidarische und faire Verteilung
303 von Schutzsuchenden in Europa.

304 Die Aufnahmebedingungen müssen europaweit auf ein menschenwürdiges Niveau
305 angehoben werden, um Menschen nicht durch Armut, Obdachlosigkeit oder
306 Diskriminierung zur Sekundärmigration zu zwingen. Die besonderen Bedürfnisse
307 vulnerabler Gruppen wie beispielsweise Kinder, queerer Menschen oder Menschen
308 mit Behinderung müssen im Aufnahme- und Asylverfahren berücksichtigt werden. Bei
309 der Registrierung ist sicherzustellen, dass die entscheidende Bewertung der
310 Vulnerabilität von geschultem Fachpersonal durchgeführt wird.

311 Schon jetzt sollte von den zuständigen Mitgliedstaaten eine systematische und
312 rechtsstaatliche Registrierung der Schutzsuchenden eingefordert werden und
313 Schutzsuchende nicht unter unzumutbaren Bedingungen oder unverhältnismäßigen
314 Inhaftierungen in Grenzlagern festgehalten werden. Außerdem dürfen Menschen
315 nicht inhaftiert werden, nur weil sie Asyl beantragen. Das GEAS-Anpassungsgesetz
316 muss so ausgestaltet werden, dass jede Form der Inhaftierung von Kindern
317 ausgeschlossen wird. Kinder sollen grundsätzlich immer außerhalb geschlossener
318 Einrichtungen und unter Respekt der UN-Kinderrechtskonvention untergebracht
319 werden. Dabei sind für uns die Forderungen der Kinderrechtsorganisationen
320 zentral.

321 Im Gegenzug zur Registrierung sollte den Außengrenzstaaten Unterstützung bei der
322 Aufnahme von Schutzsuchenden angeboten werden. Nur so werden wir dauerhaft eine
323 bessere Verteilung in Europa und rechtsstaatlich kontrollierte Außengrenzen
324 sicherstellen können. Deshalb sollte Deutschland gemeinsam mit anderen Staaten
325 eine relevante Zusage zur Aufnahme schon im nächsten Jahr machen. Eine
326 Aufnahmezusage kann beispielsweise daran gekoppelt werden, ob weiterhin
327 unregistrierte Personen an der deutschen Grenze ankommen, die schon in anderen
328 EU-Staaten waren. Für jede unregistrierte Person an der Binnengrenze könnte das
329 Kontingent reduziert werden, um die Anreize zur Registrierung hoch zu halten. So
330 könnte schon im nächsten Jahr für eine bessere Verteilung gesorgt und das Chaos
331 an den Außengrenzen beendet werden. Hierfür ist keine weitere Änderung der
332 Rechtslage notwendig.

333 Bei der Umsetzung der GEAS-Reform werden wir uns mit all unseren Möglichkeiten
334 dafür einsetzen, dass Integration gefördert, rechtsstaatliche Verfahren
335 möglichst umfassend gewährleistet und keine zusätzlichen, unnötigen
336 Einschränkungen des Asylrechts stattfinden. Dazu zählt auch, dass die Einstufung
337 von sicheren Herkunftsländern und sicheren Drittstaaten weiterhin nur
338 parlamentarisch nach klaren grundrechts- und menschenrechtsorientierten
339 Kriterien getroffen werden darf.

340 Die Menschenrechtssituation an den Grenzen und bei den Asylverfahren muss engmaschig
341 überwacht werden, besonders um vulnerable Gruppen zu schützen. Wir wollen
342 sicherstellen, dass Schutzsuchende nicht unter unzumutbaren und
343 menschenunwürdigen Bedingungen in Lagern festgehalten werden.

344 Wir verteidigen unsere Demokratie und den Rechtsstaat gegen hybride Angriffe -
345 dazu zählt auch die Verteidigung des individuellen Rechts auf Asyl. Putins
346 Russland und Lukaschenkos Belarus missbrauchen das Leid von Geflüchteten für
347 geopolitische Interessen. Wir werden alle rechtsstaatlichen und politischen
348 Möglichkeiten ausschöpfen, um die Instrumentalisierung von Schutzsuchenden
349 insbesondere durch Staaten wie Russland und Belarus zu verhindern. Die
350 Entrechtung von Menschen, die durch autoritäre Staaten instrumentalisiert
351 werden, lehnen wir ab. Auch an der belarussischen Grenze verstoßen Pushbacks und
352 die entwürdigende Behandlung von Geflüchteten gegen europäisches und
353 internationales Recht. Wir werden auch die guten Beziehungen zu unseren
354 europäischen Partnern nutzen, um Instrumentalisierung und Pushbacks
355 entgegenzuwirken.

356 Grenzkontrollen an den Außengrenzen sind eine EU-Gemeinschaftsaufgabe, die
357 zunehmend von europäischen Beamt*innen übernommen werden sollte. Deswegen wollen
358 wir Frontex rechtsstaatlich weiterentwickeln. Dazu gehört, dass Frontex sich
359 nicht an menschenrechtswidrigen Einsätzen beteiligen darf und solche Einsätze
360 konsequent und zeitnah beenden muss, so wie es in der Frontex-Verordnung
361 vorgesehen ist. Gleichzeitig bedarf es einer engmaschigen parlamentarischen
362 Kontrolle von Frontex-Einsätzen. Es muss einfacher werden, Frontex und nationale
363 Behörden für Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen. Opfer solcher
364 Rechtsverstöße, insbesondere an den Außengrenzen, brauchen juristische
365 Unterstützung. Statt auf Abschottung und Frontex-unterstützte Pullbacks im
366 Mittelmeer wie durch die libysche Küstenwache, setzen wir auf eine staatlich
367 koordinierte EU-Seenotrettung und die Unterstützung von zivilen
368 Seenotrettungsorganisationen.

369 **4. Säule: Asylrecht verteidigen**

370 Für uns steht fest, dass wir das Asylrecht als große Errungenschaft feiern und
371 als historische Verantwortung verteidigen. Zu den grünen Grundsätzen gehört
372 jedoch auch, dass nach einem erfolgreichen Asylantrag die großen
373 Herausforderungen in unserem Einwanderungsland noch bevorstehen. Es reicht
374 nicht, Menschen Schutz zu bieten, sie sollen auch Teil der Gesellschaft werden
375 und werden können.

376 Um das Grundrecht auf Asyl zu schützen und die gesellschaftliche Akzeptanz zu
377 stärken, müssen Aufnahme von Schutzbedürftigen, Steuerung und Ordnung von
378 Migration, wirksame Integration sowie sichere Rückkehr bei abgelehnten
379 Aslygesuchen zusammengedacht und durchgesetzt werden. Wir wollen Kapazitäten
380 aufbauen, die soziale Infrastruktur stärken und tragfähige Strukturen schaffen.
381 Wir treten dafür ein, dass die Möglichkeiten vor Ort überall wieder der
382 Herausforderung entsprechen. Ziel ist es, dass diese Menschen in ihren
383 Heimatländern eine sichere Perspektive haben und nicht auf der Suche nach einem
384 besseren Leben ihr Land verlassen müssen. Eine Obergrenze ist weder machbar noch
385 rechtens oder human.

386 Statt Länder politisch als sichere Dritt- oder Herkunftsstaaten einzustufen,
387 braucht es rechtssichere, schnelle und faire Verfahren, also unvoreingenommene
388 Asylverfahren und den Zugang zu einer unabhängigen Beratung während des gesamten
389 Verfahrens. Staaten, in denen marginalisierte Gruppen wie queere Menschen
390 systematisch verfolgt werden, sind nicht sicher. Die Situation in eingestuftem
391 Ländern muss fortlaufend beobachtet und Änderungen berücksichtigt werden.

392 Aus dem Genozid an den Jesid*innen durch den sogenannten "Islamischen Staat"
393 erwächst eine besondere Verantwortung. Abschiebungen von Jesid*innen in den Irak
394 stellen wir uns darum konsequent entgegen. Wir stehen solidarisch an der Seite
395 aller Menschen, die weltweit für Demokratie und Menschenrechte kämpfen. Wir
396 fordern die Innenministerkonferenz (IMK) auf, dass der Abschiebestopp nach Iran
397 verlängert wird. Wir treten dafür ein, die Einschränkungen beim Familiennachzug
398 wieder aufzuheben.

399 Als Ergänzung des Asylsystems unterstützen wir humanitäre Aufnahmeprogramme und
400 Resettlement, wie mit dem Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan. Für Ortskräfte und
401 bedrohte Frauen- und Menschenrechtler*innen, die aus Afghanistan, nach Pakistan,
402 Iran oder in die Türkei geflohen sind, müssen humanitäre Visa unbürokratisch von
403 den Botschaften erteilt werden. Programme wie diese wollen wir aus unserer
404 humanitären Pflicht fort- und umsetzen. Wir wollen sichere Fluchtwege aus
405 Krisenregionen - auch im Nahen Osten. Wir stehen weiterhin zum Kirchenasyl.

406 **5. Säule: Integration in Deutschland ermöglichen**

407 Damit die Geschichte unseres Einwanderungslandes erfolgreich fortgeschrieben
408 wird, wollen wir politisch Verantwortung übernehmen. Gleichzeitig gewährt
409 Deutschland Schutzbedürftigen Schutz. Einwanderung in den Arbeitsmarkt und die
410 Aufnahme von Schutzbedürftigen sind grundsätzlich getrennt zu betrachten, denn
411 sie folgen unterschiedlichen Logiken. Arbeitsmigration folgt der Nachfrage nach
412 Arbeitskräften, die Aufnahme von Schutzsuchenden den humanitären
413 Verpflichtungen.

414 Migration braucht die entsprechende dauerhafte Infrastruktur in den Kommunen und
415 den Ländern. Dazu gehören ausreichend Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen
416 der Länder, in denen Geflüchtete möglichst nicht länger als drei Monate
417 untergebracht sein sollen und dauerhaften Wohnraum in den Kommunen. Die
418 dezentrale Unterbringung ist zu bevorzugen. Geflüchtete sollten Möglichkeiten
419 nutzen dürfen, aus einer Unterkunft auszuziehen. Familienbezüge und individuelle
420 Anknüpfungspunkte müssen berücksichtigt werden.

421 Wir treten für ein ausreichendes Angebot an ausfinanzierten Sprachkursen ein,
422 die direkt nach der Ankunft zugänglich sind. Bei diesen muss sichergestellt
423 sein, dass Barrieren für Teilhabe abgebaut werden, insbesondere für Frauen mit
424 Kindern, die beim Spracherwerb statistisch deutlich benachteiligt sind.
425 Der Zugang zum Bildungssystem und in die Arbeitswelt muss durch ausreichend
426 Mittel und Personal sichergestellt sein. Bessere Integration wird nur gelingen,
427 wenn Integrationsmaßnahmen auch besser finanziert sind. Die Unterstützung von
428 Eltern und insbesondere Müttern bei der Kinderbetreuung ist zentral für
429 gelingende Integration - beispielsweise bei Sprachkursen.

430 Der Umgang mit Migration und Integration ist eine Aufgabe, die dauerhafte
431 Strukturen braucht. Dabei muss es auch um Resilienz gehen, denn es wird immer
432 wieder Jahre geben, in denen mehr Menschen kommen und Jahre, in denen weniger
433 Menschen kommen. Die Strukturen eines Einwanderungslandes müssen für diese
434 Dynamiken gerüstet sein. Die Ampel-Regierung hatte sich vorgenommen, 400.000
435 Wohnungen im Jahr zu bauen. Wir treten dafür ein, dass das auch endlich Praxis
436 wird und damit auch der Mangel an bezahlbarem Wohnraum endlich angegangen wird.
437 Die ausreichende Finanzierung von Zivilgesellschaft und staatlicher
438 Infrastruktur wie Gerichten oder Behörden ist eine der Voraussetzungen für
439 gelingende Integration. Eine stärkere und dauerhafte Finanzierung der
440 Unterbringung und Versorgung in unseren Kommunen, die einen zentralen Teil der
441 Integration leisten, sollte von Bund und Ländern durch einen verbindlichen
442 gesetzlichen Rahmen geregelt sein.

443 Wir stehen für soziale Teilhabe. Damit alle Menschen am Leben in unserer
444 Gesellschaft teilhaben und Integration gelingen kann, müssen hierfür auch die
445 Voraussetzungen geschaffen werden. Politische Maßnahmen dürfen nicht darauf
446 abzielen, das Leben von Geflüchteten zu erschweren, sondern die Integration zu
447 vereinfachen. Maßnahmen wie eine Bezahlkarte, müssen so ausgestaltet werden,
448 dass sie Bürokratie verringern und Integration ermöglicht - das haben wir in
449 Hannover erfolgreich vorgemacht - ganz ohne unangemessene Bargeldobergrenze.

450 Auch das EU-Recht legt fest, dass eine Leistungskürzung bei Dublin-Fällen in
451 Deutschland nur dann erfolgen darf, wenn es den betroffenen Personen tatsächlich
452 und rechtlich möglich ist, in einen anderen zuständigen EU-Mitgliedstaat zu
453 gelangen und dort auch faktisch Zugang zu Leistungen besteht. Es muss immer
454 sichergestellt werden, dass keine Kürzung unter das Existenzminimum erfolgt.
455 "Bett, Brot, Seife" ist für uns keine Leitlinie. Stattdessen wollen wir die
456 Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts durchsetzen: Jeder Mensch hat ein
457 Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Die
458 Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.

459 Unser Ziel ist es, mehr Planbarkeit für die Kommunen zu schaffen. Wir setzen uns
460 für rechtssichere, möglichst zügige und faire Verfahren ein, um damit Klarheit
461 für Betroffene und Kommunen zu schaffen - unabhängig davon, aus welcher Region

462 die Antragstellenden kommen. In der Bundesregierung haben wir uns für eine
463 bessere Arbeitsmarktintegration und langfristige Bleibeperspektiven für
464 berufstätige Schutzsuchende eingesetzt: Wir haben die Möglichkeit eines
465 Spurwechsels für Geduldete aus der Asyl- in die Erwerbsmigration geschaffen und
466 mit dem Chancenaufenthaltsgesetz sowie dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz einen
467 Paradigmenwechsel eingeleitet. Wir haben die Beschäftigungsduldung deutlich
468 erweitert, Arbeitsverbote gelockert und eine Genehmigungsfiktion bei
469 Beschäftigungserlaubnissen auf den Weg gebracht, um die Verfahren stark zu
470 beschleunigen. Damit sind wir bereits wichtige Schritte gegangen. Wir wollen,
471 dass Arbeitsverbote abgeschafft werden. Wer arbeiten kann, soll arbeiten dürfen.
472 Außerdem soll im Aufenthaltsrecht verankert werden, dass all jene, die hier
473 arbeiten, eine Ausbildung machen oder studieren, eine langfristige
474 Bleibeperspektive bekommen, statt abgeschoben zu werden. Damit schaffen wir
475 Kapazitäten in den Ausländerbehörden, damit Rückführungen nicht die Falschen
476 treffen. Es reicht nicht, Menschen Schutz zu bieten. Wir müssen Perspektiven und
477 Teilhabe ermöglichen, damit Geflüchtete Teil der Gesellschaft werden und werden
478 können - bis hin zur Staatsbürgerschaft. Die deutsche Staatsangehörigkeit darf
479 nicht entzogen werden.

480 **6. Säule: Rechtsstaat durchsetzen, in allen** 481 **Bereichen**

482 Das Asylrecht, die Grund- und Menschenrechte zu verteidigen, bedeutet im Kern,
483 geltendes Recht durchzusetzen und Menschen Zugang zu diesem Recht zu
484 ermöglichen. Das gilt an den Außengrenzen, in anderen EU-Staaten, es gilt aber
485 eben auch in Deutschland. Auf europäischer Ebene halten sich verschiedene EU-
486 Mitgliedstaaten nicht an geltendes EU-Recht. Statt der vorgeschriebenen
487 Durchführung rechtsstaatlicher Verfahren und rechtsstaatlicher Kontrolle der
488 Außengrenzen werden tausendfach Pushbacks durchgeführt. Statt Asylsuchenden
489 ordentliche Perspektiven zu bieten, sorgen unwürdige Bedingungen dafür, dass
490 Menschen in Länder wie Deutschland, Frankreich oder Österreich weiterziehen
491 müssen. Das darf nicht länger hingenommen werden. Die EU-Kommission unter Ursula
492 von der Leyen ist hier seit Jahren untätig, obwohl sie als Hüterin der Verträge
493 für die Durchsetzung des Rechts verantwortlich ist. Vertragsverletzungsverfahren
494 zur Durchsetzung des Rechts werden allzu oft nicht angestoßen, obwohl
495 Rechtsbrüche offensichtlich sind. Deswegen sollte bei fortlaufender Untätigkeit
496 der EU-Kommission die Bundesregierung selbst ihre Möglichkeit nutzen,
497 Vertragsverletzungsverfahren anzustoßen.
498 Das würde dazu beitragen, dass Geflüchtete überall in Europa Perspektiven haben
499 und sich die Verteilung verbessert.

500 Geltendes Recht umfasst aber eben auch, dass nicht jeder, der nach Deutschland
501 kommt, bleiben kann. Wer nach individueller Prüfung auf asyl- und
502 aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel
503 kein Aufenthaltsrecht erhalten hat und bei dem keine Abschiebungshindernisse
504 entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Hier stehen wir zum Vorrang der
505 freiwilligen Ausreise. Die Rückkehrberatung sollte gestärkt und von pädagogisch
506 geschultem Personal durchgeführt werden. Denn wer ohne eine Perspektive oder
507 Idee der eigenen Zukunft anderswo abgeschoben wird, ist schneller wieder da, als
508 viele denken. Kettenabschiebungen dürfen nicht dazu führen, dass Asylsuchende

509 ohne Prüfung ihres Schutzgesuches in Staaten außerhalb der EU abgeschoben
510 werden.

511 Für uns ist klar, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, bei
512 denen menschenrechtliche oder völkerrechtliche Gründe entgegenstehen. Dabei muss
513 sichergestellt sein, dass diese Staaten rechtsstaatliche Prinzipien im Umgang
514 mit Geflüchteten respektieren. Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete
515 verbieten sich. Eine Rückführung darf nur stattfinden, wenn Widersprüche von
516 Gerichten überprüft wurden. Damit sollen auch rechtswidrige Abschiebungen
517 verhindert werden. Wir wollen Schutz vor Unrechtsregimen wie in Syrien oder den
518 Taliban in Afghanistan bieten und sie nicht durch Rückführungsvereinbarungen
519 politisch legitimieren.

520 Doch besonders bei Menschen, die schwere Straftaten begangen haben oder
521 Gefährder*innen sind, muss der Rechtsstaat durchgreifen. Ausreisepflichtige, die
522 schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer Strafe prioritär
523 zurückgeführt werden. Unser Rechtsstaat muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um
524 zu verhindern, dass Menschen hier und anderswo gefährdet werden.